

# Der Koalitionsvertrag (Stand: 11. August 2021) des „Deutschland-Bündnisses“ in Sachsen-Anhalt

Da liegt er nun einmal vor uns, der Entwurf des Koalitionsvertrages in seiner Gänze mit seinen 157 Seiten. In seiner Gesamtbewertung lässt sich zunächst einmal konstatieren, dass das vorliegende Koalitionspapier keinen Zweifel aufkommen lässt, dass die „Deutschland-Koalition“ die dringliche Aufgabe der Inneren Sicherheit ernst nimmt. Eine Aufschlüsselung der Vorhaben bzw. Versprechen auf Basis der Wahlprogramme der Koalitionspartner werden wir jedoch nicht vornehmen.

Die GdP Sachsen-Anhalt stellt zunächst einmal positiv fest, dass die vielen Vorfeldgespräche unserer Gewerkschaft mit den Parteien im Koalitionsvertrag ihren inhaltlichen Einfluss fanden. An dieser Stelle muss in diesem Kontext sachlich darauf verwiesen werden, dass die mit uns in Konkurrenz stehenden Interessenvertretungen Polizeibediensteter (DPoIG u. BDK) ebenso inhaltliche Aspekte vermitteln konnten.

Inhaltlich könnten unserer Meinung nach folgende Aspekte des Koalitionsvertrages für die zukünftige Arbeit bzw. das Wirken der Polizeibediensteten von Bedeutung sein:

Das explizite Bekenntnis zum Ziel, „binnen fünf Jahren mindestens 7.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in der Polizei Sachsen-Anhalt im aktiven Dienst zu haben“, ist seit Langem von uns gefordert und nunmehr schriftlich vertraglich fixiert.

Hierzu „sollen die Ausbildungskapazitäten an der Fachhochschule der Polizei ent-

sprechend anpasst und die Qualitätsstandards der Ausbildung aufrechterhalten bleiben“. „Die Personalplanung der Polizei soll unter Beteiligung der Polizeigewerkschaften weiterentwickelt werden.“

Um dem in den kommenden Jahren durch die Vielzahl der Pensionierungen eintretenden Verlust an Erfahrungen entgegenzuwirken, wollen die Koalitionäre den Polizeibeamtinnen und -beamten die Möglichkeit des freiwilligen Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand anbieten.

Die GdP Sachsen-Anhalt steht diesem Punkt nicht unkritisch gegenüber. Einerseits wurde die Lebensarbeitszeit verlängert, die Möglichkeit der Altersteilzeitregelung abgeschafft und nun sollen eventuelle personelle Lücken durch diese Maßnahme geschlossen werden.

Hierzu besteht unserer Meinung nach weiterer Klärungsbedarf. Es klingt zwar positiv für

die/den Einzelnen, aber es hat auch Auswirkungen auf das System wie z. B. auf die Dienstpostenbesetzung. Interessant wären auch Informationen zum personellen Umfang und zur Möglichkeit der Abweisung des Antrages.

Nichtsdestotrotz funktioniert der Vollzug nicht ohne eine adäquate gut funktionierende Verwaltung. Hier wurde sich auf die Fahnen geschrieben, „auch den Bereich der Polizeiverwaltung zur Entlastung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten personell zu stärken“. Hierzu sollen zusätzliche Stellen geschaffen werden. „Ziel ist es, binnen fünf Jahren die Zahl der Beschäftigten in der Polizeiverwaltung auf 1.100 anwachsen zu lassen. Hierbei sind die Stellen für Sonderaufgaben der Polizei (zum Beispiel Zentrale Beschaffungsstelle für die Landesverwaltung) nicht inkludiert.“

Mit mehr Polizeibeamtinnen und -beamten sowie einer moderneren Ausstattung wird die Kriminalitätsbekämpfung verbessert und das Sicherheitsgefühl in Sachsen-Anhalt steigt, so soll u. a. die Präsenz in der Fläche erhöht werden.

Die Polizei soll ihre „Prioritäten klar auf die Verbrechensbekämpfung legen, die Chancen der Digitalisierung nutzen und von Bürokratie entlastet werden“. Es soll erreicht werden, dass vom Eingang der Strafanzeige bis zur Urteilsverkündung das gesamte Verfahren digital erfasst und bearbeitet werden kann. Hierzu vereinbaren die Koalitionspartner „Modellprojekte für ein System, das unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Grundsätze und IKT-Sicherheitsaspekten von den Verfahrensbeteiligten genutzt, eingesehen und bearbeitet werden kann.“





” Michael, 34 Jahre

Ich bin in der GdP, weil mir Sicherheit, Vertrauen und Rückhalt wichtig sind.

Ein Schwerpunkt in der Kriminalitätsbekämpfung ist nach Einsichtnahme in den Koalitionsvertrag die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, „insbesondere in Form von Schleusern, Banden, Rockern und Clans“.

Hierzu soll u. a. die Sicherstellung der Besetzung der vorhandenen Dienstposten in den entsprechenden Organisationseinheiten und wenn erforderlich deren personelle Verstärkung erfolgen.

Ein weiteres Ziel der Kriminalitätsbekämpfung in Sachsen-Anhalt wird in der Beteiligung der Landespolizei an mit „Cargo“ vergleichbaren Projekten gesehen.

Des Weiteren soll die Sicherstellung von ausreichend verfügbaren Spezialkräften erfolgen. „Unterbesetzte Mobile Einsatzkommandos (MEK) müssen die vorgeschriebene Soll-Stärke erfüllen. Der Dienst in MEK und Spezialeinsatzkommandos (SEK) muss dauerhaft attraktiv gestaltet werden.“

In diesem Zusammenhang soll eine „Konzeption insbesondere zur Bekämpfung von Geldwäsche und der organisierten Betäubungsmittelkriminalität“ erstellt werden.

Die vorhandenen Kompetenzen zur „Aufdeckung illegaler Geldquellen kri-

mineller Strukturen von Schleusern, Banden, Rockern und Clans durch intensive Finanzermittlungen“ müssen verstärkt werden.

Eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung ist nur durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften gegeben, so sollen „bei der Generalstaatsanwaltschaft und bei den Staatsanwaltschaften die Sonderdezernate personell und in der Sachausstattung gestärkt werden, die sich spezialisiert mit Delikten aus den Bereichen der Organisierten Kriminalität, der Wirtschafts-, Hass- und der Internetkriminalität sowie mit der Verfolgung von Delikten mit terroristischem, extremistischem oder rassistischem Bezug befassen“.

„Zu einer wirksamen und nachhaltigen Strafverfolgung ist eine umfassende Vermögensabschöpfung der aus der Straftat erlangten Vermögenswerte erforderlich.“ Die Vermögensabschöpfung für inkriminiertes Vermögen ist nach Meinung der Koalitionäre durch „einen Personalzuwachs insbesondere im Bereich der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zu steigern“.

Zudem sollen die Zusammenarbeit von Justiz und Polizei und die Angebote im Bereich der Fort- und Weiterbildung verstärkt werden.

Insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität besteht

nach Meinung der Koalitionäre verstärkt Handlungsbedarf. Die Koalitionspartner vereinbaren „eine Digitalisierungsoffensive für die Polizei und im Besonderen für das Landeskriminalamt.“

Auch in der anstehenden Legislaturperiode planen die Koalitionäre das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) fortzuentwickeln und an die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen anzupassen.

Hierzu zählen u. a. der Einsatz der elektronischen Fußfessel als dauerhafte Befugnisnorm

(§ 36 c SOG LSA). So ist geplant, die derzeit bis zum 31. Dezember 2022 befristete Befugnis zu entfristen und zu einer dauerhaften Eingriffsermächtigung zu machen. Die Einführung einer Geschwindigkeitsüberwachung durch Abschnittskontrollen (Section Control), die Wiedereinführung einer Einsatzdokumentationstechnik (Bodycam) sowie die Aufnahme der „Prävention“ als Aufgabe der Polizei in das SOG LSA. Hierzu wird § 2 Abs. 1 Satz 2 SOG LSA wie folgt ergänzt: „... sowie für die Verfolgung künftiger Straftaten vorzusorgen (vorbeugende Bekämpfung von Straftaten).“

„Zur Bekämpfung der schweren Verkehrsunfälle mit Lkw und zur Umsetzung der EU-Verordnung, wonach die Kontrollbehörden über Technik zur Früherkennung per Fernkommunikation verfügen müssen, wird sich die Landespolizei Sachsen-Anhalt bei der Verkehrsüberwachung an der Digitalisierung im gewerblichen Personen- und Güterkraftverkehr beteiligen.“

Die guten Erfahrungen des Pilotprojekts Hochrisikomanagement der Polizeiinspektion Halle sollen in der Fläche auf die Polizeiinspektionen ausgeweitet werden.

Zur Thematik „Fußball & Gewalt“ äußern sich die Koalitionäre ebenso wie zu jeder Form von politisch motivierter Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit mit verschiedenen Ansätzen der Prävention bzw. Möglichkeiten der aktiven Bekämpfung.

Im Bereich der Landespolizei werden „Extremisten und extremistische Bestrebungen jedweder Ausprägung nicht geduldet, daher werden vor Einstellung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern zukünftig auch Regelanfragen im Verfassungsschutz durchgeführt“.

Des Weiteren soll eine „kontinuierliche Schulung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zu Hasskriminalität“ sowohl während des Studiums, der grundständigen Ausbildung als auch der Fort- und Weiterbildung sowie während der gesamten Lebensdienstzeit sichergestellt werden.

Die begonnene Spezialisierung in der Ausbildung (Y-Ausbildung) soll weiter fortgeführt werden. Die Polizeivollzugslaufbahn soll für IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten geöffnet werden.

Soweit erstmal zum ersten Teil. Der zweite Teil (Polizeizulage, Verfassungsschutz, dienstl. Rechtsschutz u. v. m.) folgt in der Novemberausgabe.

**Der Landesvorstand der GdP Sachsen-Anhalt**

### Entwurf des Koalitionsvertrages

#### WIR GESTALTEN SACHSEN-ANHALT. STARK. MODERN. KRISENFEST. GERECHT.

|  |     |
|--|-----|
| Präambel .....   |     |
| Wirtschaft – Aufbruch nach der Pandemie .....                                      | 2   |
| Strukturwandel gestalten - Industrieland bleiben .....                             | 6   |
| Digitalisierung - Transformationsoffensive für alle .....                          | 19  |
| Krisenfestes Gesundheitssystem und hochwertige Pflege .....                        | 25  |
| Bildung und Wissenschaft – Motor für die Zukunft .....                             | 33  |
| Umwelt und Klimaschutz stärken und Mobilität sichern .....                         | 43  |
| Gute Arbeit für ein starkes Sachsen-Anhalt .....                                   | 61  |
| Zusammenleben in Sachsen-Anhalt – Demokratie, Gleichstellung und Integration ..... | 79  |
| Moderne, bürgernahe und starke Justiz .....  | 83  |
| Innen- und Kommunalpolitik – Sicherheit und Verantwortung .....                    | 94  |
| Füreinander da sein – Soziales, Kinder, Jugend, Familie und Sport .....            | 100 |
| Stabile und nachhaltige Landesentwicklung .....                                    | 107 |
| Landwirtschaft als Motor unseres ländlichen Raums .....                            | 118 |
| Kunst und Kultur – Perspektiven schaffen nach schwerer Zeit .....                  | 122 |
| Für eine starke und vielfältige Medienlandschaft .....                             | 130 |
| Ein starkes Sachsen-Anhalt – mit Leidenschaft für ein modernes Europa .....        | 139 |
| Nachhaltige Finanzpolitik für heute und morgen .....                               | 142 |
| Grundlagen der Zusammenarbeit .....  | 146 |
|  | 152 |


**Polizeistiftung Rheinland-Pfalz**

Sparda-Bank Südwest

Stichwort: Unwetterkatastrophe 2021

IBAN: DE15 5509 0500 0001 9899 79

BIC: GENODEF1S01

# Hochwasser im Ahrtal – Tagebuch eines Unterstützungseinsatzes

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
 das Hochwasser in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz kann man nicht in Worte fassen. Auch unsere Landesbereitschaftspolizei war vor Ort. Unser Eckhard Christian Metz (Hundertschaftsführer 1. Beweissicherungs- und Festnahme-hundertschaft; Vorsitzender GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei) führte dennoch ein Tagebuch und schildert uns tiefe Einblicke. Viele Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien und Freunde haben viel, wenn nicht sogar alles verloren. In den Headern oben auf jeder Seite findet Ihr jeweils eine Stiftung, wo Ihr auch aus der Ferne unterstützen könnt. Die Stiftungen garantieren, dass die Gelder direkt und ohne Umwege an die Betroffenen gehen.

Es ist Freitagnachmittag am 16. Juli 2021 gegen 14:30 Uhr. Starker Dauerregen hat in Teilen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in den vergangenen Tagen Überflutungen und schwere Schäden hervorgerufen. Ein Anruf des Sachgebiets „Einsatz“ verschafft etwas Klarheit über die nächste Wochenarbeit. „Es ist nun sehr wahrscheinlich, dass ihr ab Montag bis Donnerstag in Rheinland-Pfalz beim Hochwassereinsatz unterstützt. Alles Weitere dann später.“ „Später“ war dann der Samstagnachmittag. Wieder ein Anruf, dieses Mal gab es, neben der Gewissheit zum Einsatz zu kommen, auch zwei Telefonnummern, mit welchen der Einsatz nun in die Planungsphase gehen konnte. Während die Bilder der Hochwasserkatastrophe im Fernsehen laufen, fährt der Laptop hoch und die Telefonleitungen glühen.

„Wo werden wir eingesetzt? Wo untergebracht? Gibt es Einsatzunterlagen? Wann wird Einsatzzeit sein?“ – Nachdem vorläufige Einsatzstärken und die taktische Gliederung übermittelt sind, gab es auf diese Fragen erstmal keine Antworten. Die Einheiten und der Funktionsdienst wurden informiert. Auf alle Fragen, zum Dienstbeginn, zur Unterkunft, zu den mitzufüh-

renden FEM hatte ich daher auch nur unzureichende Antworten. Es war ja auch noch Zeit, lag doch noch der ganze Sonntag zur Planung vor uns. Besondere Lagen zwingen eben besondere Rahmenbedingungen auf – so rede ich mir jedenfalls zu.

Tatsächlich war der Sonntag ein Planungstag. Freiwillige meldeten sich aus dem Urlaub, Lehrgänge wurden abgesagt, Beziehungen wurden abtelefoniert. So konnte die Einsatzstärke beachtlich nach oben geschraubt und ein erster Zielort ausgemacht werden. Nürburgring, Haus B – Kräftesammelstelle, das war alles, was wir hatten. Keine Aussage zu Unterkunft oder Einsatzzeiten. Egal, Montag 9 Uhr ist Dienstbeginn, bis dahin werden wir schon wissen, wo es hingeht.

## Montag, 19. Juli 2021

Tatsächlich pünktlich zum Dienstbeginn stand die Unterkunft fest, keine Notunterbringung, keine Turnhalle mit Feldbetten – ein Hotel, unweit der Kräftesammelstelle, insoweit perfekte Ausgangsbedingungen.

Kurzfristig wurden neben den privat organisierten Gummistiefeln und Schaufeln auch

dienstliche FEM wie weitere Gummistiefel, Notstromaggregate und Kabeltrommeln verlastet. Die Anreise verlief bis zur Ankunft im Zielge-





### Polizeistiftung Nordrhein-Westfalen

Kreissparkasse Köln

Stichwort: Kollegen-helfen

IBAN: DE19 3705 0299 0000 0727 24

BIC: COKSDE33XXX



biet problemlos. 50 Kilometer vor dem Ziel war dann erstmal Schluss und auch wir spürten die ersten Auswirkungen der Flutkatastrophe. Straßen waren gesperrt bzw. teilweise schlicht nicht mehr vorhanden. Das Einchecken war dann nach siebeneinhalb Stunden Fahrt reine Routine, nicht zuletzt durch die professionelle Abstimmung zwischen Hotel und unserem Versorger. Mit gemischten Gefühlen ging es zum gerade entstehenden Verpflegungspunkt zum Nürburgring. Es gab Gulaschsuppe mit Brötchen. Ein kurzes Telefonat später standen die Einsatzzeiten und der Meldeort fest. „Sieben bis Sieben, Einweisung am Nürburgring Haus B.“ Das war's. Viel vorzubereiten gab es nicht. Keine Besondere Aufbauorganisations-Struktur (BAO-Struktur), kein Kommunikationsplan, kein Kartenmaterial – ab ins Bett und nochmal gut durchschlafen. Denn der Kollege am anderen Ende des Telefons wusste schon, dass die Zwölf-Stunden-Schichten der letzten Tage eher 16 bis 18 Stunden lang waren.

Die Nacht war unruhig. Im Kopf kreisten Bilder aus vergangenen Hochwassereinsätzen. Mögliche Auftragsszenarien wären – Evakuierung, Absperrung, Raumschutz, Verkehrslenkung, Verhinderung von Plünderungen ...

### Dienstag, 20. Juli 2021

5 Uhr klingelt der Wecker. Nach einem sehr guten Frühstück ging es dann zur Einwei-

sung. Bekannte und neue Gesichter trafen sich in einem zur Einweisung freigeräumten Aufenthaltsraum der Polizeiwache am Nürburgring. Die Stimmung war angespannt, man spürte die Ausgelaugtheit und die Betroffenheit der schon länger am Einsatz beteiligten Kräfte. Es folgte eine Einweisung in die Gesamtsituation in Rheinland-Pfalz. Tag 6 bzw. 7 nach der Katastrophe. Man befand sich immer noch in der Chaosphase. Alle Kräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Kräfte) versuchten ihr Möglichstes, um die Lage zu kontrollieren.

4000 Vermisste insgesamt, 114 Tote, davon die Hälfte bisher identifiziert, 5000 Personen ohne Grundversorgung. Aus dem Unterabschnitt (UA) Absuche wurde an diesem Tag der UA Hilfe. Am Tag zuvor wurde die strukturierte Suche nach Personen und Leichen im Gelände und Gebäuden beendet. Nun sollte der Übergang in die direkte Hilfeleistung erfolgen. Uns wurden Einsatzeinheiten aus Hessen und Rheinland-Pfalz sowie technische Einsatzgruppen aus Schleswig-Holstein, Polizeiärzte und Diensthundeführer mit Leichenspürhunden unterstellt. Der Einsatzraum, der uns zugewiesen wurde war der Bereich Ahrtal, Bad Neuenahr-Ahrweiler bis zu dem kleinen Ort Dernau als westlichen Grenze.

Der herausgegebene Auftrag ließ unerwartet viel Interpretationsspielraum, sollte sich später aber als goldrichtig erweisen.

„Fahren sie da raus in die Scheiße und packen sie an!“

Ein taktisch-betrieblichen Zusammenbeitsrufgruppenkanal (TBZ-Kanal) für den gesamten Unterabschnitt und ein Handyfoto einer zusammengeklebten topografischen Karte müssen zudem an technischer Infrastruktur und Einsatzunterlagen genügen. Nach einer kurzen Abstimmung mit den unterstellten Kräften setzen diese den Auftrag in den Gebieten um, in welchen sie auch in den letzten Tagen unterstützten. Die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler wird in entsprechende Abschnitte aufgeteilt und auch unsere BF-Einheiten verlegen sich in den Einsatzraum.

Vor Ort zeichnete sich dann ein Bild, welches Fernseh- und Internetbilder nicht darzustellen vermochten. Die Straßen waren voll von Müll, Schlamm, zerstörten Autos, Elektrogeräten, zerborstenem Holz, Plastik und Metall. Die Menschen liefen mit Schaufeln, Eimern und Schubkarren umher und waren dabei, Schlamm und Unrat aus den Häusern auf die Straßen zu schaffen. Radlader, Bagger und Kipplaster fuhren unentwegt durch die Straßen. Feuerwehr, THW und Rettungsdienst versuchten ebenfalls, sich einen Weg durch den Dreck zu bahnen. Allmählich verstand ich den Auftrag nicht mehr nur als Metapher, sondern auch wortwörtlich. Die ganze Stadt roch nach Müllkippe, nach Fäkalien und fauligen Gasen. Die Sonne schien an diesem Tag unerbittlich und trocknete den Schlamm zu einer





### Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG

Verwendungszweck: Unwetter-Opfer 2021

IBAN: DE51 3706 0590 0000 6836 80

BIC: GENODED1SPK

steinharten Masse. Aufgewirbelt durch die Räumarbeiten und ständigen Fahrzeugbewegungen legte sich ein hellbrauner Feinstaubnebel über die Stadt. Die FFP2-Masken halfen nunmehr nicht nur gegen Corona.

In kürzester Zeit wurden die Kräfte von Bürgern angesprochen und mit den verschiedensten Bitten und Aufträgen überhäuft. Von der schlichten Informationsweitergabe an die zuständigen Stellen über die tatkräftige Unterstützung beim Ausräumen von Kellern, dem Befüllen von Frischwassertanks mit dem Wasserwerfer bis zur Unterstützung beim Freimachen von Straßen mittels Unimog der TEE war alles dabei.

Auch Verwesungsgeruch konnte öfter als uns lieb war wahrgenommen werden und die Diensthundeführer kamen zum Einsatz. Manchmal waren es nur verrottende Lebensmittel in einem Kühlschrank oder der Einkauf in einem zerstörten Auto. Aber leider manchmal eben auch nicht. Körperlich und mental gingen hier einige Kolleginnen und Kollegen bis an ihre Grenzen. Niemand wollte dort nur „daneben stehen“, die Umstände verlangten es einfach mit anzupacken und bis zu den Achseln in den Dreck zu steigen.

Immer mehr Strukturen und Informationsketten konnten so am ersten Tag aufgebaut werden. Auch das Führen und Weitergeben von Informationen per Telefon musste sich erst einstellen. In unserer Befehlsstelle liefen die Informationen zusammen und wir versuchten so gut es eben ging, Ordnung in das Chaos zu bringen – es blieb ein Versuch.

Am Nachmittag überraschte uns dann der Polizeiführer mit einem ganz anderen Auftrag. Querdenker, Neonazis, Prepper und Reichsbürger sollen eine Grundschule in Ahrweiler besetzt haben und dort neben tatsächlicher Hilfeleistung vor Ort versuchen, die Hochwasserkatastrophe für ihre Zwecke zu nutzen. Nachdem der Staatsschutz die Schule und die Bewegungen vor Ort aufgeklärt hatte, sollte nun die Räumung durch uns realisiert werden. Also alle raus aus dem Schlamm, sammeln und die vorbereitenden Maßnahmen zur Räumung treffen. Taktisch ein Alptraum, ein unbekanntes Objekt, vom Kräfteansatz her deutlich in Unterdeckung, verbunden mit der Wahrscheinlichkeit von Solidarisierungseffekten innerhalb der Anwohner. Nach einigem Hin und Her wurde die Entscheidung zur Räumung dann zur Erleichterung aller auf eine Zeitlage vertagt. 20.45 Uhr Entlassung aus dem Einsatz. Auf dem Rück-

marsch zur Unterkunft kurzer Halt am Verpflegungsstützpunkt und dann nach 17,5 Stunden Einsatz einfach nur schlafen.

### Mittwoch, 21. Juli 2021

Die durch das Land Rheinland-Pfalz kurzfristig organisierte Reinigung der Einsatzanzüge nahmen nur wenige Kolleginnen und Kollegen in Anspruch. Der Schlamm war mittlerweile getrocknet und es ging den nächsten Tag in den gleichen Klamotten mit gleichem Auftrag in denselben Einsatzraum. Am ersten Tag schienen wir mit der dezentralen Hilfeleistung Erfolg zu haben und konnten dort helfen, wo tatsächliche Hilfe am Nötigsten war.

Jedoch musste zunehmend festgestellt werden, dass private Helfer in großer Zahl in den Einsatzraum einfuhren, die wenigen funktionstüchtigen Straßen verstopften und somit der Verkehr, insbesondere der Abtransport von Müll, zum Teil vollständig zum Erliegen kam. Vereinzelt trafen Helfende auf andere Helfende und nahmen nun jeder für sich ein „Recht auf Hilfeleistung“ in Anspruch. Verbale Auseinandersetzungen heizten die insgesamt angespannte Stimmung weiter an.

Mit notdürftig zusammengestelltem Kartenmaterial wurde für den westlichen Teil Bad Neuenahr-Ahrweilers ein Einbahnstraßensystem zur Gewährleistung des Abtransportes von Müll und des Verkehrsflusses entworfen und umgesetzt. Gleichzeitig kontrollierten Teilkkräfte die Zufahrtsstraßen und kanalisiert den Verkehr in Richtung Innenstadt.

Die schmutzigen Einsatzkombis erhöhten den Respekt bei den Verkehrsteilnehmern und Anwohnern. Man befolgte die Zeichen und Weisungen der Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung des Einbahnstraßensystems. Radlader- und Lkw-Fahrer zeigten sich erfreut über die gewisse Ordnung bei der Beräumung des Mülls. Der zweite Tag lief dann auch für das „Backoffice“, die Befehlsstelle, etwas eingefahrener und koordinierter ab. Dieses kleine Stück wiedergefundene Routine sollte aber nicht lange anhalten. Wieder war es ein Anruf eines benachbarten Einsatzabschnittes, der die Situation änderte. Aufklärungsmaßnahmen in der Grundschule waren vorzubereiten und durchzuführen. Teilkkräfte rüsteten von verschlammter Einsatzkombi auf zivile Kleidung um und klärten die Situation in den



Fotos: Privat

Räumlichkeiten der Grundschule auf.

Nachdem daraufhin feststand, dass wir auch an diesem Tag keine Räumungsmaßnahmen in der Grundschule mehr durchführen, wurden die Einheiten mit dem Zeitpunkt 19 Uhr pünktlich aus den Einsatzmaßnahmen entlassen. Der abendliche Stopp am Verpflegungsstützpunkt bot eine Variation der Gulaschsuppe, dieses Mal mit Nudeln.

### Donnerstag, 22. Juli 2021

Auf der achtstündigen Rückfahrt kreisten wieder Bilder von einem Hochwassereinsatz im Kopf. Nur dieses Mal ganz andere. Dieses Hochwasser traf die Menschen und die Kolleginnen und Kollegen in kurzer Zeit und mit voller Wucht. Niemand war großartig vorbereitet. Weder die Anwohner der betroffenen Ort noch die Einsatzkräfte. Das Verarbeiten dieser Flutkatastrophe und die Aufräumarbeiten werden noch viele Monate und Jahre in Anspruch nehmen.

### Einsatznachbereitung

An dieser Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass unsere Dienstkraftfahrzeuge am darauffolgenden Tag, dankeswerter Weise, von Teilkkräften der TEE und des LPP wieder in einen einsatzbereiten Zustand gebracht wurden. Stand doch am Samstag wieder ein Einsatz vor der Tür. – Dass dieser ebenfalls ein zeitlicher Hammer von 14 Stunden mit Lebensbedrohlicher Einsatzlager (LebEL) werden sollte, steht in einem anderen Tagebuch. ... ■



INFO-DREI

# Behördlicher Messengerdienst in Thüringen

Sichere mobile Arbeit Thüringer Polizei (SmArTh) ist ein zentrales Digitalisierungsvorhaben der Thüringer Polizei. Die Einführung der neuen Technologien in die polizeiliche IT-Infrastruktur erforderte umfangreiche technische, organisatorische und polizeifachliche Vorbereitungen. Das Vorhaben ist eine wesentliche Kernforderung aus dem Kabinettsbeschluss der Landesregierung zu „Thüringer Polizei 4.0“, Digitalisierungsstrategie der Thüringer Polizei. Die Wahrnehmung der Aufgaben in einem zunehmend digitalisierten Wirkungsfeld besonders in der Polizei ist ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt. Hierzu gehört zunächst die Bereitstellung der erforderlichen IuK-Infrastruktur, IT-Verfahren und Dienstleistung. Vorgesehen sind u. a. Datenabgleiche sowie Anzeigenaufnahmen, das Fertigen von Lichtbildern ohne zeitlichen Verzug vor Ort. Vor der Beschaffung wurden entsprechende Auswahlkriterien der Mobilgeräte geprüft. Hier spielten verschiedene Betriebssysteme (Android und iOS), Displaygrößen, Leistungsparameter, Schnittstellen, Kameralösungen, Akkukapazitäten und aktuelle Preisentwicklungen eine Rolle. Zur Auswertung dieser Kriterien und für die Praxisdurchführung wurde die LPI Saalfeld als Pilotbehörde beauftragt. Für den zunächst auf ein Jahr avisierten Testbetrieb wurden ab 28. Juli 2021 an die Kolleginnen und Kollegen 344 Smartphones iPhone XR und elf sowie 59 Tablets iPad Pro 11 ausgegeben. Ziel des Piloten soll die Integration in den täglichen Dienst, die Akzeptanz und Anwendung der einzelnen Apps, aber auch die Definition weiterer Funktionalitäten auf den mobilen Endgeräten sein. Unter anderem soll ein interner Messengerdienst in der Thüringer Polizei etabliert werden, sodass auf mobilen Endgeräten eine gesicherte verschlüsselte Kommunikation von Textnachrichten und Versendung von Multimedialedateien ermöglicht wird. Insbesondere bei größeren Einsätzen, Vermissten oder Fahndungsmeldungen soll ein datenschutzkonformer Austausch unterstützt. Mit einem dienstlich zur Verfügung gestellten Messenger soll eine effektive und effiziente Kommunikation zwischen den Kräften vor Ort und

Mitarbeiter in den Dienststellen sicher zu jeder Zeit, an jedem Ort und zu jedem Anlass erreicht werden. Auf der Suche nach einem modernen und ergänzenden Kommunikationsmittel für die dienstliche Sprach- und Datenkommunikation der Thüringer Polizei wurden verschiedene Messengerdienste betrachtet. In Vorbereitung des Pilotbetriebes erfolgte bereits ein Probelauf des Teamwire-Messengerdienstes mit einer geringen Geräteanzahl im TLKA, mit dem Ziel der Gewinnung von grundlegenden Erkenntnissen und Erfahrungen zu dem Messenger Teamwire, seinen Funktionalitäten und Einsatzmöglichkeiten. Teamwire findet bereits in mehreren Bundesländern, u. a. in Partner- und Nachbarländern von Thüringen, Anwendung, was die Entscheidung auch beeinflusste. Mit der Gewährung hoher Sicherheitsstandards sowie der Erfüllung der europäischen und deutschen Datenschutzanforderungen bietet Teamwire eine sichere Kommunikationslösung für den internen und externen Austausch. Die vollständige Datensouveränität für den Endnutzer mit voller Verschlüsselung und Datenspeicherung (im eigenen Rechenzentrum) sind weitere wesentliche Standards dieses Messengerdienstes. Neben einfachen Senden und Empfangen von Text- und Sprachnachrichten mit Empfangsbestätigungen, 1:1-Chats und Gruppenchats (skalierbar bis zu 2.500 Mitglieder) für bessere Teamarbeit sind die Nutzung von File-Sharing (z. B. PDF, MS Office-Dokumenten) und Media-Sharing (z. B. Foto, Video, Voice, Kalender) sowie einfache Bildbearbeitungen (Verpixeln) mit dieser App möglich. Mit der mobilen Sachbearbeitung (mSB) wird eine mobile Anwendung bereitgestellt, die Polizeibeamte in der täglichen Arbeit im Einsatz- und Streifendienst unterstützt. Ziel ist es, u. a. alle relevanten Informationen schnell und einfach per mobiler Anwendung vor Ort (im Außendienst) erfassen zu können. So können mehr und detailliertere Informationen ausgetauscht bzw. übermittelt werden. Die vor Ort mittels mSB erfassten Informationen werden in der Folge an Com-Vor übermittelt. Am ISTPOL-Arbeitsplatz in der Dienststelle erfolgt, sachverhaltsabhängig, eine Nach-

bereitung. Ziel ist, dass die Nutzer durch die Anwendung sicher, effizient und fehlervermeidend vor Ort arbeiten können. Hierzu bildet mSB u. a. die Delikte kategorisiert ab und liefert eine direkte Rückmeldung des Vorgangszeichens an den Anwender. Es erfolgt jedoch ausdrücklich kein Abschluss von Strafanzeigen auf den mobilen Endgeräten. Die abschließende Sachbearbeitung zur Weitergabe erfolgt wie gewohnt im VBS CV. Das mobile Auskunfts- und Recherchesystem (mARS) ermöglicht Abfragen zu Personen sowie Sachen/Fahrzeugen. Dabei ist die Applikation an die Datenbanken der etablierten polizeilichen Abfragesysteme angeschlossen. Einsatzkräfte können Abfragen direkt über das Smartphone/Tablet tätigen. So ist es möglich, Abfragen im EWO, INPOL, ZEVIS (ZFZR, ZFER, FAER-FE) zu tätigen. In mARS erhält der Anwender alle relevanten Daten wie bisher am Dienstrechner. mARS soll zu einer Entlastung des Funkverkehrs sowie zur schnelleren (Weiter-)Verarbeitung der Abfrageergebnisse beitragen. Die mobile Foto-App (mFoto) schließt die Lücke zur Erstellung von Fotos im dienstlichen Kontext. Sie dient als Kamera-App zur Erstellung von Lichtbildern und/oder Videos sowie in der Folge für die sichere Übertragung über die Mobilfunkverbindung ins Polizeinetz. Hierbei ist jedoch bei der mobilen Nutzung (vor Ort) ein hohes Maß an (Informations- u. Daten-)Sicherheit zu gewährleisten. Alle SmArTh-Geräte werden zentral über ein sogenanntes Mobil Device Management (MDM) administriert/verwaltet sowie die Gerätefunktionalitäten durch das MDM auf die polizeilichen Erfordernisse begrenzt. Die Verteilung der Mobilgeräte wurde schwerpunktmäßig für die operativen Einheiten der Dienststellen festgelegt. Neben dem Einsatz- und Streifendienst sollen u. a. die KOBBS, der KDD und die Leitungsdienste mit verschiedenen Smartphones ausgestattet werden. Durch die Auswertung von Fragebögen und Erfahrungsberichten der Pilotbenutzer werden entsprechende Daten zur gezielten App- und Geräteauswahl erhoben. Es wird von den Kollegen sehr begrüßt, endlich aktuelle Informationstechnik, wie sie viele selbstverständlich privat nutzen, auch im Dienst anzuwenden. ■



# Auftakt Tarifrunde

Am 8. Oktober 2021 ertönt der Startschuss der diesjährigen Tarifverhandlungen. Es handelt sich um die Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Also der Vertrag, der die Angestellten des Landes (u. a. in der Landespolizei) betrifft.



Auch unser Landesredakteur Jens Hüttich wird dabei sein.

In der vor uns liegenden Tarifrunde kommen harte Zeiten auf uns zu.

Schon in früheren Runden war die Arbeitgeberseite um ähnliche Ausreden bemüht und so ist jetzt sicher, dass der Corona-Trumpf gezogen und gesagt wird: Es ist kein Geld da! Die Arbeitgeber werden darauf spekulieren, dass sie mit der Corona-Karte den Nerv der Öffentlichkeit treffen.

Lohnerhöhungen stehen verständlicherweise meist im Zentrum des Interesses der Beschäftigten, aber die Nebenschauplätze sind nach wie vor sehr wichtig. Explizit geht es um das Thema Arbeitsvorgang. Der Arbeitsvorgang ist das Fundament im Tarifrecht, denn es geht um die Eingruppierung der Tarifbeschäftigten. Wir wissen, dass die Arbeitgeberseite den Arbeitsvorgang zum Kernthema machen wird. Sie sind nur zu Entgeltverhandlungen bereit, wenn wir etwas an dem Arbeitsvorgang verändern. Aber

genau das könnte schwerwiegende Folgen für den Tarifbereich haben und Herabgruppierungen nach sich ziehen. Im Klartext: Die Wertigkeit von Tätigkeiten der Beschäftigten sollen sich verschlechtern. Ein Arbeitsvorgang sind alle Arbeitsschritte, die zu einem Arbeitsergebnis führen. Diesen Vorgängen werden zeitliche Anteile zugeordnet, die sich aus der Dauer ergeben, die für die entsprechenden Tätigkeiten benötigt wird. Besteht die Tätigkeit nur aus einem einzigen Arbeitsvorgang, so beträgt der Anteil der Tätigkeit 100 Prozent. Bei mehreren Arbeitsvorgängen unterteilen sich die prozentualen Anteile der Arbeitszeit auf die einzelnen Arbeitsvorgänge. Aufgespaltene Arbeitsvorgänge machen das Messen zeitlicher Anteile schwieriger, somit sinkt der Wert des einzelnen Arbeitsvorganges.

Die Arbeitgeber wollen die Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts nicht akzep-

tieren und jetzt kurzerhand den TV-L zu ihren Gunsten ändern. In einer Zeit, in der es schon an allen Ecken und Enden an Fachpersonal mangelt, wollen sie nur eines: Geld sparen! Es ist unverschämte, das Unterste zuoberst kehren zu wollen, und hier kommt es wieder auf uns alle an! Es gilt, dem Änderungsvorhaben standhaft entgegenzuwirken und nicht zuzulassen, dass uns etwas genommen wird, was wir hart erarbeitet haben. Merkt Euch den 1. und 2. November für die zweite Verhandlungsrunde vor, nehmt an Aktionen und Veranstaltungen teil und steht für eure Rechte ein. Auch alle Beamtinnen und Beamten sind herzlich willkommen, schließlich vertreten wir alle Polizeibeschäftigtengruppen, also können und sollen sich auch alle beteiligen. Über alle Termine informieren wir als GdP Sachsen-Anhalt rechtzeitig.

**Isabell Glossmann**  
**Ansprechpartnerin Tarif**





## Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11/2021 ist es  
**Freitag, der 1. Oktober 2021,**  
und für die Ausgabe 12/2021 ist es  
**Freitag, der 5. November 2021.**

Für Manuskripte, die unverlangt  
eingesandt werden, kann keine Garantie  
übernommen werden. Anonyme Zuschrif-  
ten werden nicht veröffentlicht.

**Die Landesredaktion**  
www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA

# Seniorentermine

## SGen der PI Halle

### Bereich PI Haus/Revier Halle

am 13.10.21 um 14.30 Uhr in der Begeg-  
nungsstätte „Zur Fähre“ der Volkssolidarität  
Halle, Böllberger Weg 150 (zu erreichen mit  
der Straßenbahnlinie 1 und Buslinie 26, Hal-  
testelle Böllberger Weg).

## SGen der PI Magdeburg

### Bereich Aschersleben

am 08.11.21 um 15.00 Uhr im Hotel „Stadt  
Aschersleben, Herrenbreite 17 in Aschersle-  
ben

Aufgrund der aktuellen Corona-Lage sind  
die Termine nicht zwingend bindend. Bitte  
fragt bei Euren Seniorenvertretern nach, ob  
die Veranstaltungen wie geplant stattfinden.

## Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine

## Wir trauern um:



Hans-Joachim Klinge (69)

**Wir werden den Verstorbenen ein  
ehrendes Andenken bewahren.**  
**Der Landesvorstand**

# Mei Golleche

Jestdern dad mich e Golleche anrufen, er  
hädde jetzt ne neie Nummer vom Telefon,  
weil er een höheren Diensdposden gegricht  
hädde. Nach mein Glickgwinschen for die  
baldige Beförderung, wieshelde der ab.  
Er wäre nur mid dr Wahrnehmung dr Dienst-  
geschäfte beofftracht, for wie lange, weeser  
nich. Meine Frache, wo sei Vorgänger abge-  
liem sei, antwordede er, der würde och een  
neien Dienstposten hamm. Da wird er zwar  
och nich beförderd, weil er och nur mid dr  
Wahrnehmung dr Dienstgeschäfte beofftracht  
iss. Awr das isser ja gewohnt, er war ja off  
dem Dienstposten, den jetzt mei Golleche  
gegricht had, och nur mid dr Wahrnehmung  
dr Dienstgeschäfte beofftracht.

Das iss gomisch, awr nich zum lachen.  
Drozdem de Modiwadion hoch halden, er-  
chendewann wärsd besser, hoffentlich.

## Bis denn, eir Bolizeier aus Machdeburch



Grafik: GDP

# Die GdP gratuliert

## zum 50. Geburtstag

14.10. Dirk Trotzowski

## zum 60. Geburtstag

7.09. Ronald Elstner (nachträglich)  
14.10. Klaus-Dieter Winkelmann  
26.10. Joachim Brüning

## zum 66. Geburtstag

23.10. Volker Joachim Söllig  
30.10. Bernd Helbing

## zum 67. Geburtstag

14.10. Siegmund Schmalzer

## zum 68. Geburtstag

2.10. Uta-Michaela Haacker  
11.10. Hans-Joachim Willig

## zum 69. Geburtstag

18.10. Manfred Richter  
30.10. Jürgen Weber

## zum 70. Geburtstag

3.10. Dieter Giesl

## zum 71. Geburtstag

2.10. Monika Luft  
3.10. Gerhard Gottschlich  
5.10. Werner Glaubke  
16.10. Klaus-Dieter Zimmermann

## zum 74. Geburtstag

6.10. Hans-Dieter Wierschin

## zum 77. Geburtstag

14.10. Klaus-Dieter Ziese

## zum 78. Geburtstag

4.10. Gerd Nagel

## zum 79. Geburtstag

18.10. Peter Jüttner  
24.10. Claus Kloke

## zum 80. Geburtstag

16.10. Karl-Heinz Grädner

## zum 81. Geburtstag

18.10. Rolf Thuermer

## zum 82. Geburtstag

21.10. Christel Berndt

## zum 85. Geburtstag

27.10. Wolfgang Jung

## zum 86. Geburtstag

24.10. Karl-Heinz Meise

Der Veröffentlichung des Geburtstags muss  
explizit zugestimmt werden. Viele von euch  
haben das bereits getan, andere noch nicht. Wenn  
Ihr eure Einwilligung geben wollt, geht dies am  
schnellsten per E-Mail an Isa@gdp.de oder ihr  
wendet euch an die Vorstände der Bezirksgrup-  
pen, die Vertrauensleute oder die Seniorenver-  
treter. Diese verfügen über Listen, auf denen ihr  
euch eintragen könnt.

**Jens Hüttich**